



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Anna Toman, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bekämpfung des Lehrkräftemangels nicht auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer – Sofortprogramm für zusätzliches Personal für Förder-, Grund- und Mittelschule**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus im Rahmen einer Pressekonferenz am 07.01.2020 verkündeten „Strategien für eine sichere Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen“ zum Ausgleich des prognostizierten Mangels in der Unterrichtsversorgung:
  - Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit für Grundschullehrkräfte ab Schuljahr 2020/2021 von 28 auf 29 Wochenstunden
  - Eintritt in den Ruhestand vor dem 66. Lebensjahr nur noch ausnahmsweise
  - Anhebung des Mindeststundenmaßes bei Antragsteilzeit für Lehrkräfte und Fachlehrkräfte auf 24 Wochenstunden und bei Lehrkräften für Sonderpädagogik auf 23 Wochenstunden
  - keine Genehmigung von Sabbatjahren mehr abzulehnen sind.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels an Förder-, Grund- und Mittelschulen, sowohl die Sicherung der Bildungsqualität zu berücksichtigen, als auch ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften nachzukommen. Um kurzfristig Lehrkräfte für das kommende Schuljahr 2020/2021 zu generieren, sollen, anstelle der oben genannten Hau-Ruck-Maßnahmen, diese drei Maßnahmen getroffen werden:
  - Ausbau und Verbesserung der Zweitqualifizierung, um mehr Lehrkräfte anderer Schularten für den Schuldienst an Förder-, Grund- und Mittelschulen zu gewinnen
  - Auflage eines Rückkehrprogramms mit Prämie für gut ausgebildete Lehrkräfte, die nicht (mehr) im Schulsystem arbeiten
  - Wechsellmöglichkeit nach dem ersten Staatsexamen anderer Lehrämter in das Referendariat an Förder-, Grund- und Mittelschule

Im kommenden Nachtragshaushalt sollen hierfür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

3. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, mittel- und längerfristig folgende Maßnahmen zu treffen, um eine nachhaltige Personalversorgung an den bayerischen Schulen zu ermöglichen:
  - Lehrpläne mit Hinblick auf Stofffülle auf den Prüfstand stellen, um ggf. eine Stundenkürzung zu ermöglichen
  - Einstieg in BesGr. A 13 für alle Lehrkräfte als Zeichen der Wertschätzung, für Gleichbehandlung der Lehrkräfte aller Schularten und zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs
  - Reform der Lehrkräftebildung für einen flexibleren Lehrkräfteeinsatz
  - Mehr Mittel für die Universitäten, um angesichts zusätzlicher Studienplätze, den Studierenden und Lehrenden gute Studien- bzw. Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

**Begründung:**

Am 07.01.2020 stellte der Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo „Strategien für eine sichere Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen“ in einer Pressekonferenz vor. Er sprach von einem „hohen Lehrerbedarf“ und von „Prognosen, die zeigen, dass in den nächsten Jahren große Herausforderungen vor uns liegen.“ Nach Berechnungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus fehlen 1 400 Lehrkräfte.

Allen Warnungen zum Trotz hat die Staatsregierung jahrelang aufs Schärfste zurückgewiesen, dass wir in Bayern einen Lehrkräftemangel haben. Stets hieß es, die Unterrichtsversorgung sei gesichert. Noch zu Schulbeginn des aktuellen Schuljahres hat Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo verkündet, „der Unterricht steht“ und „die Hütte brennt nicht“, wie vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e. V. angemahnt.

Im Juli 2019 hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein eigenes Gutachten vorgelegt, in welchem der renommierte Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm den Lehrkräftemangel an Grund- und Mittelschulen beziffert und darüber hinaus Bedarfe ermittelt, um dringende Reformmaßnahmen umzusetzen. Aus diesem Gutachten: „Wenn es in den kommenden Jahren nicht zu einer deutlichen Steigerung der Zahl neu ausgebildeter Grundschullehrkräfte kommen wird, werden jährlich bis zu 2 400 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Im Bereich der Mittelschule werden zum Ende der zwanziger Jahre etwa 2 200 Lehrkräfte jährlich fehlen.“ Doch der Staatsminister ordnete dies als „Schwarzmalerei“ ein und erwiderte, dass vor jeder Klasse an bayerischen Schulen auch eine Lehrkraft stehen werde.

Wir von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren die aktuell verkündeten Notmaßnahmen des Staatsministers. Auf dem Rücken der Lehrkräfte soll die Zahl der Unterrichtsstunden auf Biegen und Brechen aufrechterhalten werden. Überdies: Jetzt nur Löcher zu stopfen, reicht nicht aus. Es müssen nachhaltige Maßnahmen getroffen werden. Wir kritisieren außerdem die Art und Weise, wie der Staatsminister mit unseren Lehrkräften umgeht. In einer Hau-Ruck-Pressekonferenz wurden Notmaßnahmen verkündet, ohne vorher mit den Lehrkräften bzw. den Verbänden in Kontakt zu treten. Mit diesem Dringlichkeitsantrag schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, um sowohl für das kommende Schuljahr Lehrkräfte zu generieren, als auch mittel- und längerfristig die richtigen Weichen für eine gute Personalversorgung zu stellen.